

presse

AG Gesundheit
AG Arbeit und Soziales

Betriebsrenten stärken – halben Krankenkassenbeitrag auf Betriebsrenten einführen

*Bärbel Bas, zuständige Berichterstatterin AG Gesundheit;
Ralf Kapschack, zuständiger Berichterstatter AG Arbeit und Soziales:*

Die heutige Anhörung im Gesundheitsausschuss zur Abschaffung der Doppelverbeitragung von Betriebsrenten hat erneut gezeigt, dass es dringend notwendig ist, eine Ungerechtigkeit aus der Welt und eine Entlastung für Bezieherinnen und Bezieher von betrieblicher Altersversorgung zu schaffen.

„Bei den Sachverständigen gab es große Einigkeit darin, dass die Lösung nur in einem halben Krankenkassenbeitrag liegen kann. Damit schaffen wir zwar nicht alle Ungerechtigkeiten aus der Welt, sorgen aber für eine deutliche Entlastung vieler Betriebsrentnerinnen und -rentner. Die gute wirtschaftliche Situation eröffnet dafür neue finanzielle Spielräume. Wir sollten aber sorgsam überlegen, wer die Entlastung für die Versicherten bezahlen soll. Es geht hier immerhin um 2,6 Milliarden Euro pro Jahr.

Auch wenn die Union bisher sehr unbeweglich ist, bleiben wir dabei: Unser Ziel ist, genau wie bei der gesetzlichen Rente, der halbe Krankenkassenbeitrag.

Wer die betriebliche Altersversorgung attraktiver machen will, muss jetzt handeln.“

SPD Anträge – Halbierung des Beitragssatzes für Betriebsrenten

<https://lothar-binding.de/dodppelverarbeitung-betriebsrenten/>

The screenshot shows a web browser window displaying the SPD website. The page title is "Doppelverarbeitung bei Betriebsrenten abschaffen – Initiative von Lothar Binding und der SPD-Landesgruppe Baden-Württemberg". The page content includes a search bar, a navigation menu, and a main text area with two paragraphs. The first paragraph discusses the initiative to reduce the contribution rate for occupational pensions. The second paragraph emphasizes the urgency of the issue. A contact section on the right provides details for the SPD Bundestagsbüro in Heidelberg and Berlin.

SPD Lothar Binding

Start Aktuelles Über mich Bundestag Meine Themen Vor Ort Medien & Presse Spenden Kontakt

Doppelverarbeitung bei Betriebsrenten abschaffen – Initiative von Lothar Binding und der SPD-Landesgruppe Baden-Württemberg

5. Jul 2018 | AG 60plus, Aktuelles, Bundestag, Finanzen

Lothar Binding und die SPD-Landesgruppe Baden-Württemberg setzen sich zusammen mit anderen Landesgruppen der SPD-Bundestagsfraktion dafür ein, auf Betriebsrenten nur noch den halben Beitragssatz zu erheben. Damit soll die betriebliche Altersversorgung attraktiver gemacht und gestärkt werden. „Betriebliche Altersversorgung ist für uns die beste Ergänzung zur gesetzlichen Rente.“, so Lothar Binding, Bundestagsabgeordnete für Heidelberg, Weinheim und die Bergstraße.

Die Betriebsrente sei ein dringendes Handlungsfeld. „Vielfach werde ich in E-Mails und Gesprächen darauf angesprochen.“, so Lothar Binding. Bei den Abschlüssen von Betriebsrenten haben sich die Menschen darauf verlassen, einen wichtigen Beitrag für ihre Altersversorgung zu leisten. „Gemeinsam mit anderen Landesgruppen fordern wir

KONTAKT
Bürgerbüro Heidelberg
Bergheimer Str. 88
69115 Heidelberg
Tel: (0 62 21) 18 29 28
Fax: (0 62 21) 61 60 40
lothar.binding.wk@bundestag.de
Bundestagsbüro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (0 30) 22 7-7 31 44
Fax: (0 30) 22 7-7 64 35
lothar.binding@bundestag.de

Doppelverarbeitung bei Betriebsrenten abschaffen – Initiative von Lothar Binding und der SPD-Landesgruppe Baden-Württemberg

5. Jul 2018 | [AG 60plus](#), [Aktuelles](#), [Bundestag](#), [Finanzen](#)

Lothar Binding und die SPD-Landesgruppe Baden-Württemberg setzen sich zusammen mit anderen Landesgruppen der SPD-Bundestagsfraktion dafür ein, auf Betriebsrenten nur noch den halben Beitragssatz zu erheben. Damit soll die betriebliche Altersversorgung attraktiver gemacht und gestärkt werden. „Betriebliche Altersversorgung ist für uns die beste Ergänzung zur gesetzlichen Rente.“, so Lothar Binding, Bundestagsabgeordnete für Heidelberg, Weinheim und die Bergstraße.

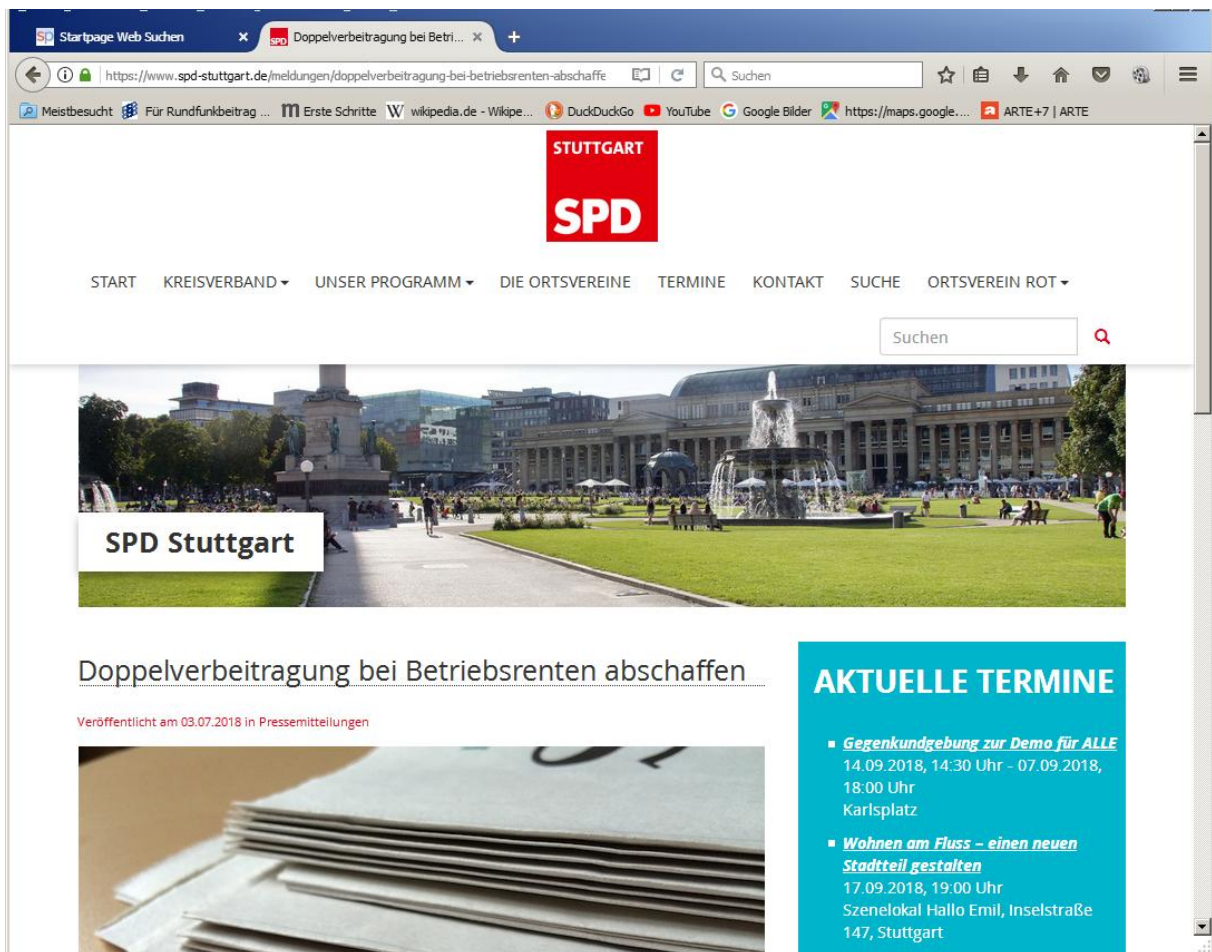
Die Betriebsrente sei ein dringendes Handlungsfeld. „Vielfach werde ich in E-Mails und Gesprächen darauf angesprochen.“, so Lothar Binding. Bei den Abschlüssen von Betriebsrenten haben sich die Menschen darauf verlassen, einen wichtigen Beitrag für ihre Altersversorgung zu leisten. „Gemeinsam mit anderen Landesgruppen fordern wir baden-württembergischen SPD-Bundestagsabgeordneten deshalb nun, dass für Betriebsrenten nur noch der halbe Krankenkassenbeitrag erhoben werden soll. Zur kurzfristigen Entlastung von Betriebsrenten soll in einem ersten Schritt ein Freibetrag statt der jetzigen Freigrenze eingeführt werden“.

„Als Deutschland noch der „kranke Mann Europas“ war und die Krankenkassen unter extremen Druck standen, half der volle Beitragssatz das gesetzliche Krankenkassensystem zu stabilisieren. Angesichts der guten wirtschaftlichen Entwicklung und zu erwartender Mehreinnahmen für die Krankenkassen, können Betriebsrentnerinnen und Betriebsrentner heute wieder entsprechend entlastet werden.“, so Lothar Binding weiter.

Die Union und ihren Gesundheitsminister Jens Spahn fordert die SPD-Landesgruppe Baden-Württemberg auf, ihren Widerstand gegen eine Entlastung der Betriebsrenten aufzugeben.

Zur Information: Betriebsrentenzahlungen bis zu einer Freigrenze von aktuell 152,25 Euro monatlich sind schon heute von der Beitragszahlung befreit. Übersteigt die Betriebsrentenzahlung diese Höhe, wird jedoch seit 2004 der volle Beitrag für Kranken- und Pflegeversicherung auf die gesamte Betriebsrente erhoben. Durch die Umwandlung in einen Freibetrag würden die Betriebsrenten bis zur Höhe von derzeit 152,25 Euro generell beitragsfrei gestellt, egal wie hoch die Betriebsrente insgesamt ausfällt, die Gesamtbelastung würde somit sinken.

<https://www.spd-stuttgart.de/meldungen/doppelverbeitragung-bei-betriebsrenten-abschaffen/>



The screenshot shows the SPD Stuttgart website. At the top, there is a navigation menu with links for START, KREISVERBAND, UNSER PROGRAMM, DIE ORTSVEREINE, TERMINE, KONTAKT, SUCHE, and ORTSVEREIN ROT. Below the menu is a search bar. The main content area features a large image of a park in Stuttgart with the text 'SPD Stuttgart' overlaid. Below the image is the article title 'Doppelverbeitragung bei Betriebsrenten abschaffen' and a sub-headline 'Veröffentlicht am 03.07.2018 in Pressemitteilungen'. To the right of the article is a blue sidebar titled 'AKTUELLE TERMINE' containing two event listings: 'Gegenkundgebung zur Demo für ALLE' on 14.09.2018 and 'Wohnen am Fluss - einen neuen Stadtteil gestalten' on 17.09.2018.

Doppelverbeitragung bei Betriebsrenten abschaffen

Veröffentlicht am 03.07.2018 in Pressemitteilungen

Die SPD-Landesgruppe Baden-Württemberg setzt sich zusammen mit anderen Landesgruppen der SPD-Bundestagsfraktion dafür ein, dass auf Betriebsrenten zukünftig nur noch der halbe Krankenkassenbeitrag erhoben wird - wie bei der gesetzlichen Rente. Damit soll die betriebliche Altersversorgung wieder attraktiver gemacht und gestärkt werden.

„Die Betriebsrente ist ein dringendes Handlungsfeld, wie viele Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern zu diesem Thema zeigen. Wird sie doch - wie auch von uns - als die beste Ergänzung zur gesetzlichen Rente gesehen,“ berichtet die SPD-Bundestagsabgeordnete für Stuttgart, Ute Vogt.

Zur kurzfristigen Entlastung der Betriebsrenten soll zunächst in einem ersten Schritt ein Freibetrag statt der jetzigen Freigrenze eingeführt werden. Aktuell sind Betriebsrentenzahlungen bis zu einer Freigrenze von aktuell 152,25 Euro monatlich von der Betragszahlung befreit. Wird diese Grenze überschritten, wird seit 2004 jedoch der volle Beitrag für Kranken- und Pflegeversicherung auf die gesamte Betriebsrente erhoben.

„Dies macht die Betriebsrente für viele Bürgerinnen und Bürger unattraktiv. Durch die Umwandlung in einen Freibetrag würden die Betriebsrenten bis zu derzeit 152,25 Euro generell beitragsfrei gestellt, egal wie hoch die Betriebsrente insgesamt ausfällt, die Gesamtbelastung würde somit sinken,“ ergänzt sie SPD-Abgeordnete.

„Angesichts der guten wirtschaftlichen Lage und zu erwartender Mehreinnahmen für die Krankenkassen ist dieser erste Entlastungsschritt für Betriebsrentnerinnen und Betriebsrentner finanzierbar. Deshalb unterstütze ich ausdrücklich, dass der Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil, das Thema auf die Agenda der Bundesregierung setzt. Und die Union und ihren Gesundheitsminister, Jens Spahn, sollen endlich ihren Widerstand gegen eine Entlastung der Betriebsrenten aufgeben“, betont Ute Vogt.

Homepage [Ute Vogt MdB](#)

<https://www.spd-landesgruppe-niedersachsen.de/2018/07/05/doppelverbeitragung-bei-betriebsrenten-abschaffen/>
<http://martin-gerster.de/doppelverbeitragung-bei-betriebsrenten-abschaffen-initiative-der-spd-landesgruppe-baden-wuerttemberg-mit-anderen-landesgruppen/>

Martin Gerster, MdB **SPD**

AKTUELLES PERSON BERLIN WAHLKREIS SERVICE KONTAKT

DOPPELVERBEITRAGUNG BEI BETRIEBSRENTEN ABSCHAFFEN: INITIATIVE DER SPD-LANDESGRUPPE BADEN-WÜRTTEMBERG MIT ANDEREN LANDESGRUPPEN

Die SPD-Landesgruppe Baden-Württemberg setzt sich zusammen mit anderen Landesgruppen der SPD-Bundestagsfraktion dafür ein, auf Betriebsrenten nur noch den halben Beitragsatz zu erheben. Damit soll die betriebliche Altersversorgung attraktiver gemacht und gestärkt werden. „Betriebliche Altersversorgung ist für uns die beste Ergänzung zur gesetzlichen Rente. Wir brauchen Vertrauen und Verlässlichkeit in der Betriebsrente“, so der Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Biberach, Martin Gerster, MdB.

Die Betriebsrente sei ein dringendes Handlungsfeld. „Vielfach werde ich in Bürgersprechstunden und Gesprächen darauf angesprochen. Auch deshalb setze ich mich dafür ein“, dazu weiter Martin Gerster. Bei den Abschlüssen von Betriebsrenten haben sich die Menschen darauf verlassen, einen wichtigen Beitrag für ihre Altersversorgung zu leisten. „Gemeinsam mit anderen Landesgruppen fordern wir baden-württembergischen SPD-Bundestagsabgeordneten deshalb nun, dass für Betriebsrenten nur noch der halbe Krankenkassenbeitrag erhoben werden soll. Zur kurzfristigen Entlastung von Betriebsrenten soll in einem ersten Schritt ein Freibetrag statt der jetzigen Freigrenze eingeführt werden“, so Gerster.

Zur Information: Betriebsrentenzahlungen bis zu einer Freigrenze von aktuell 152,25 Euro monatlich sind schon heute von der Beitragszahlung befreit. Übersteigt die Betriebsrentenzahlung diese Höhe, wird jedoch seit 2004 der volle Beitrag für Kranken- und Pflegeversicherung auf die gesamte Betriebsrente erhoben. Durch die Umwandlung in einen Freibetrag würden die Betriebsrenten bis zur Höhe von derzeit 152,25 Euro generell beitragsfrei gestellt, egal wie hoch die Betriebsrente insgesamt ausfällt, die Gesamtbelastung würde somit sinken.

„Angesichts der guten wirtschaftlichen Lage und zu erwartender Mehreinnahmen für die Krankenkassen ist diese Entlastung für Betriebsrentnerinnen und Betriebsrentner finanziell darstellbar. Dafür setzen wir

Suche

NEUESTE BEITRÄGE

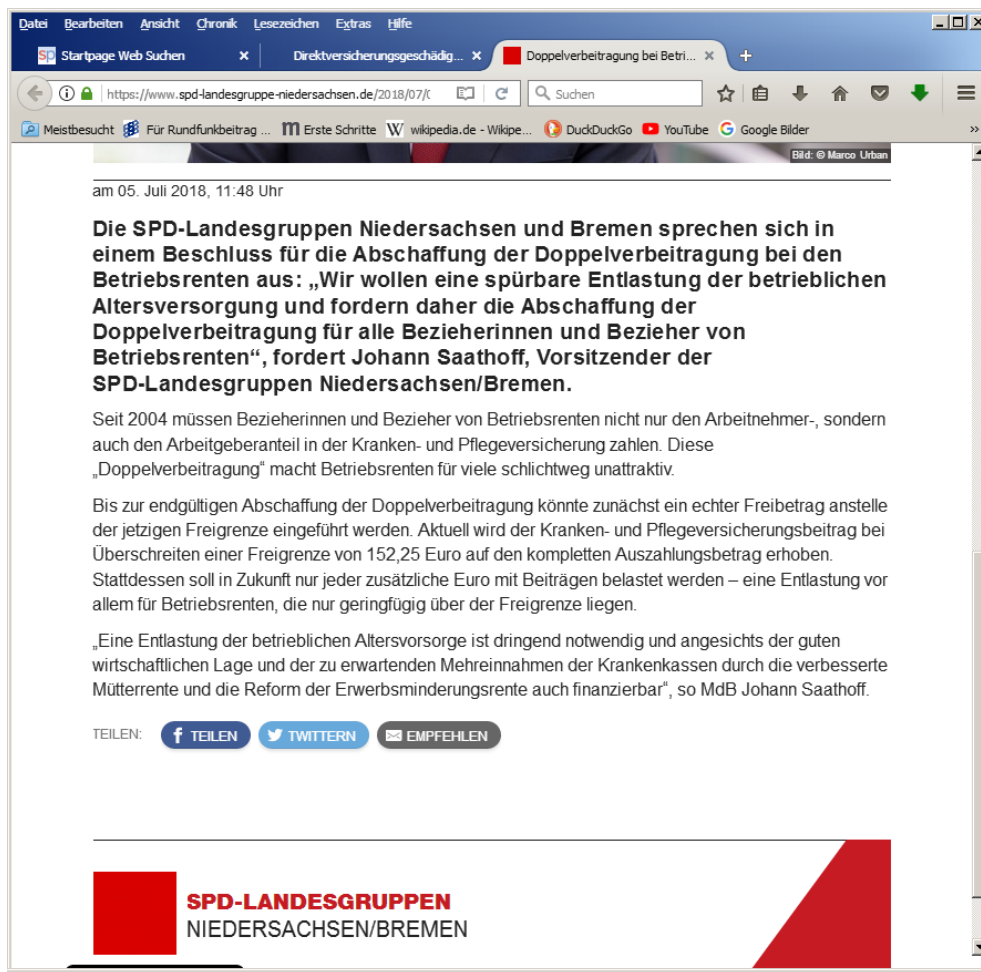
- MdB GERSTER: „AUCH FÜR JUNGE BERUFSTÄTIGE IST DAS PPP EINE TOLLE ERFAHRUNG“
- DOPPELVERBEITRAGUNG BEI BETRIEBSRENTEN ABSCHAFFEN: INITIATIVE DER SPD-LANDESGRUPPE BADEN-WÜRTTEMBERG MIT ANDEREN LANDESGRUPPEN
- VIER TAGE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG: EBERHARDZELLER NIMMT AM PLANSPIEL „JUGEND UND PARLAMENT“ TEIL

Diese Website nutzt Cookies, um bestmögliche Funktionalität bieten zu können. Mehr erfahren. Einverstanden

<https://www.spd-landesgruppe-niedersachsen.de/2018/07/05/doppelverbeitragung-bei-betriebsrenten-abschaffen/>

The screenshot shows a web browser window with the following elements:

- Browser Tabs:** Startpage Web Suchen, Direktversicherungsgeschädig..., Doppelverbeitragung bei Betri...
- Address Bar:** <https://www.spd-landesgruppe-niedersachsen.de/2018/07/05/doppelverbeitragung-bei-betriebsrenten-abschaffen/>
- Navigation Menu:** Startseite, Vorstand, Abgeordnete, Was uns wichtig ist, Unsere Wahlkreise, Themenverteilung, Pressefotos, Reden, Kontakt
- Header:** SPD-LANDESGRUPPEN NIEDERSACHSEN/BREMEN. Includes links for Kontakt, SPD-Mitglied werden, and social media icons (Instagram, Facebook, Search).
- Main Content:** A large red headline reads "DOPPELVERBEITRAGUNG BEI BETRIEBSRENTEN ABSCHAFFEN!". Below it is a photograph of a smiling man in a dark suit and red tie.
- Footer:** A "Cookie Einstellungen" button is visible in the bottom left corner.



am 05. Juli 2018, 11:48 Uhr

Die SPD-Landesgruppen Niedersachsen und Bremen sprechen sich in einem Beschluss für die Abschaffung der Doppelverbeitragung bei den Betriebsrenten aus: „Wir wollen eine spürbare Entlastung der betrieblichen Altersversorgung und fordern daher die **Abschaffung der Doppelverbeitragung für alle Bezieherinnen und Bezieher von Betriebsrenten**“, fordert Johann Saathoff, Vorsitzender der SPD-Landesgruppen Niedersachsen/Bremen.

Seit 2004 müssen Bezieherinnen und Bezieher von Betriebsrenten nicht nur den Arbeitnehmer-, sondern auch den Arbeitgeberanteil in der Kranken- und Pflegeversicherung zahlen. Diese „Doppelverbeitragung“ macht Betriebsrenten für viele schlichtweg unattraktiv.

Bis zur endgültigen Abschaffung der Doppelverbeitragung könnte zunächst ein echter Freibetrag anstelle der jetzigen Freigrenze eingeführt werden. Aktuell wird der Kranken- und Pflegeversicherungsbeitrag bei Überschreiten einer Freigrenze von 152,25 Euro auf den kompletten Auszahlungsbetrag erhoben. Stattdessen soll in Zukunft nur jeder zusätzliche Euro mit Beiträgen belastet werden – eine Entlastung vor allem für Betriebsrenten, die nur geringfügig über der Freigrenze liegen.

„Eine **Entlastung der betrieblichen Altersvorsorge** ist dringend notwendig und angesichts der guten wirtschaftlichen Lage und der zu erwartenden Mehreinnahmen der Krankenkassen durch die verbesserte Mütterrente und die Reform der Erwerbsminderungsrente auch finanzierbar“, so MdB Johann Saathoff.

<https://vorruhestand.de/2017/03/wie-der-staat-rentner-um-einen-teil-der-eigenen-altersvorsorge-bringt/>



The screenshot shows a web browser window with the URL <https://vorruhestand.de/2017/03/wie-der-staat-rentner-um-einen-teil-der-eigenen-altersvorsorge-bringt/>. The page title is "Vorruhestand" with the subtitle "Alles zu Vorruhestand, Rente und älter werden – Vorruhestand eben". The main content area features a large red graphic with the word "STOP" in white, and the article title "Wie der Staat Rentner um einen Teil der eigenen Altersvorsorge bringt" overlaid on it. Below the title, the text "ERST ANGELOCKT." is visible. The browser's address bar shows the URL, and the page header includes navigation links like "Start", "Finanzen", "Gesundheit", "Leben", "Reisen", "Soziales", "Bücher", and "Filme".



Was hilft die schönste Altersvorsorge, wenn der Staat am Ende die komplette Rendite einkassiert? Ja, Staat und Sozialversicherung schröpfen jeden, der jahrzehntlang brav für sein Alter vorgesorgt hat. Genau dann, wenn die Rentner ihr Geld brauchen, kommt die Krankenversicherung und holt sich annähernd ein Fünftel der Auszahlung. Wer fürs Alter vorsorgt, hätte sein Geld genauso gut unters Kopfkissen legen können.

Wenn die Beschäftigten, die sich auf eine der fünf Möglichkeiten der betrieblichen Altersvorsorge – Direktzusage der Firma an den Beschäftigten, Unterstützungskasse, Direktversicherung, Pensionskasse oder Pensionsfonds – eingelassen haben, am Ende ihres Arbeitslebens das Geld abrufen, müssen sie feststellen, dass die Kranken- und Pflegeversicherung die Hand aufhält.

Direktversicherungsgeschädigte sind sauer

Am schlimmsten erwischt es heutige Rentner, die vor 2004 eine Direktversicherung abgeschlossen haben, denn damals hat ihnen niemand gesagt, dass sie am Ende ihres Beschäftigtendaseins ein Fünftel an die Krankenkasse zahlen sollen.

Der Widerstand gegen diese Abzocke durch Staat und Krankenversicherung wird immer heftiger. Frank Müller vom [Verein der Direktversicherungsgeschädigten \(DVG\)](#) hat [Ralf Kapschack, dem SPD-Bundestagsabgeordneten und Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales](#) einen offenen Brief geschrieben. Darin wirft er der SPD Vertrags- und Vertrauensbruch vor. Müller wirft der SPD – übrigens waren 2004, als das Gesetz zur Doppelverbeitragung beschlossen wurde, auch die Grünen mit im Boot – Abzocke vor. Er rät deswegen jedem, keine betriebliche Altersvorsorge abzuschließen. Warum das so ist, haben [Stephan Busch und Tom Wonneberg vorgerechnet](#). Danach ist es günstiger, selbst privat vorzusorgen. Klingt paradox, ist aber so.

SPD will nichts ändern an dem Fehler

SPD-Mann Kapschack hat geantwortet. Fairerweise kommt auch er zu Wort. Hier seine Erwiderung auf Müllers Brief:

Betreff: Ihre Nachrichten zum Betriebsrentenstärkungsgesetz

Sehr geehrte Frau und Herr Müller,

vielen

Dank für Ihre Nachrichten „Gelbe Karte für den Referentenentwurf des Betriebsrentenstärkungsgesetzes“. Bitte entschuldigen Sie, dass ich Ihnen erst jetzt antworte. Wie Sie wissen, befinden wir uns gerade im internen Abstimmungsprozess zu dem Gesetzentwurf, der am 10. März 2017 in den Deutschen Bundestag eingebracht wurde. Als **zuständiger Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion** antworte ich Ihnen auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen, die Sie ebenfalls angeschrieben haben. Die Problematik der sogenannten Doppelverbeitragung, die die „Direktversicherungsgeschädigten“ besonders hart trifft, ist in der SPD-Bundestagsfraktion bekannt. Ich kann auch ganz persönlich nachvollziehen, dass es für Sie schwer verständlich ist. Sie haben – sofern Sie Ihren Vertrag vor 2004 abgeschlossen haben – dies in dem Glauben getan, dass die Leistungen in der Auszahlungsphase nicht mit dem vollen Kranken- und Pflegeversicherungsbeitrag belegt werden. Diese Änderung wurde für Sie überraschend beschlossen, ohne dass Sie etwas an Ihrer Situation ändern konnten. Sicherlich sind Ihnen die Beweggründe für diese Änderung bekannt. Ich werde es deshalb nicht wiederholen. Wie ich bereits in vergangenen E-Mail-Wechseln mit Vertreterinnen und Vertretern der Direktversicherungsgeschädigten mitgeteilt habe, bin ich nicht sicher, ob wir an dieser konkreten Problematik rückwirkend etwas ändern werden. Wir werden jedoch mit dem vorliegenden Entwurf für ein Betriebsrentenstärkungsgesetz wichtige Verbesserungen für die betriebliche Altersvorsorge, insbesondere für Geringverdienende, auf den Weg bringen. Wir stärken die Rolle der Tarifvertragsparteien und geben ihnen mehr und bessere Möglichkeiten in Tarifverträgen gute Bedingungen für Betriebsrenten auszuhandeln. Wenn im Rahmen von Tarifverträgen die reine Beitragszusage vereinbart wird, dann soll beispielsweise geregelt werden, dass der Arbeitgeber verpflichtet ist, die durch die Entgeltumwandlung eingesparten Sozialversicherungsbeiträge (mindestens 15 Prozent des Umwandlungsbetrags) an den Arbeitnehmer/die Arbeitnehmerin weiterzugeben. Damit ließe sich aus meiner Sicht ein Teil der hohen KV-Beiträge in der Auszahlungsphase kompensieren. Mein persönlicher Wunsch ist es, dass wir diese Verpflichtung zur Weitergabe der eingesparten Sozialversicherungsbeiträge auf alle Betriebsrenten übertragen können. Nun ist mir bewusst, dass das in Ihrem konkreten Fall nicht weiterhilft. Damit ist aber das Betriebsrentenstärkungsgesetz aus den oben genannten Gründen nicht per se schlecht. Des Weiteren möchte ich noch auf einen Punkt eingehen: Es ist sehr schade, dass Sie nun die junge Generation davor warnen, für ihr Alter betrieblich oder privat vorzusorgen. Denn

mittlerweile gilt für alle Durchführungswege der betrieblichen Altersvorsorge: In der Anwartschaftsphase ist die bAV steuerfrei bzw. bei Direktversicherungen, Pensionskassen und Pensionsfonds steuerfrei bis 4 Prozent der Beitragsbemessungsgrenze; in der Auszahlungsphase sind alle Durchführungswege steuerpflichtig.

Gleiches gilt für die Sozialversicherungsbeiträge: Alle Betriebsrenten sind in der Ansparphase beitragsfrei bis zu 4 Prozent der Beitragsbemessungsgrenze und unterliegen gleichermaßen in der Auszahlungsphase der vollen Beitragspflicht (oberhalb 1/20 der monatlichen Bezugsgröße nach §18 SGB IV, aktuell 148,75 Euro). Über die volle Beitragspflicht kann man sich grundsätzlich streiten. Auch ich bin davon überzeugt, dass sie die Attraktivität der betrieblichen Altersvorsorge schmälert – wie im übrigen jede Steuer, Abgabe oder Gebühr die aus dem angesparten Kapital fließt und durch umso höhere Rendite erst einmal kompensiert werden muss. Eine Rückkehr zum halben Beitragssatz würde jährlich derzeit ca. 2,5 Milliarden Euro kosten. Diese müssten an anderer Stelle – z.B. durch einen höheren Beitragssatz, finanziert durch alle Beitragszahlerinnen und Beitragszahler, oder durch einen Steuerzuschuss aufgebracht werden.

Wir führen daher aktuell viele Gespräche, insbesondere auch mit den Gesundheitspolitikerinnen und –politikern und versuchen möglichst eine Lösung zu finden. Abschließend möchte ich noch auf einen Aspekt Ihrer Mails eingehen, der so offenbar von dem „Verein der Direktversicherungsgeschädigten“ vorangetrieben wird. Es geht darum, dass dort dargestellt ist, dass von 6,3 bis 8,1 Millionen „Direktversicherungsgeschädigten“ ausgegangen wird. Die Veränderung durch das Gesundheitsmodernisierungsgesetz im Jahr 2004 hat allerdings nicht alle Direktversicherungen betroffen. Denn nur Versorgungsbezüge, die am Vertragsende als Einmalzahlung geleistet werden sollten, waren bis dahin beitragsfrei. Versorgungsbezüge, die monatlich ausgezahlt wurden, waren damals schon beitragspflichtig, wenn auch mit dem ermäßigten bzw. halben Krankenkassenbeitrag. Die Zahl von insgesamt 6,3 bis 8,1 Millionen Geschädigten kann ich daher nicht nachvollziehen. Das ändert nichts an dem Grundproblem. Aber zu einer fairen Debatte gehört auch seriöse Information über die Fakten.

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Kapschack

Der Verein der Direktversicherungsgeschädigten gehen auf die Straße und vor die Gerichte – bislang leider mit vergleichsweise noch nicht dem durchschlagenden Erfolg, den sie sich wünschen.



WEHREN SIE SICH!

Unterstützen Sie uns bei unserer Forderung zum sofortigen Stopp der Zwangsabgabe auf Direktversicherungen!



www.dvg-ev.org



Direktversicherungsgeschädigte e.V.

Direktversicherungsgeschädigte e.V.
Buchenweg 6
59939 Olsberg

Telefon: +49 (0) 2962 7503 377
E-Mail: gerhard.kieseheuer@dvg-ev.org
Homepage: www.dvg-ev.org

ERST ANGELOCKT, DANN ABGEZOCKT!

HÄNDE WEG VON DIREKTVERSICHERUNGEN -
GEGEN VERTRAGSBRUCH UND POLITISCHE WILLKÜR

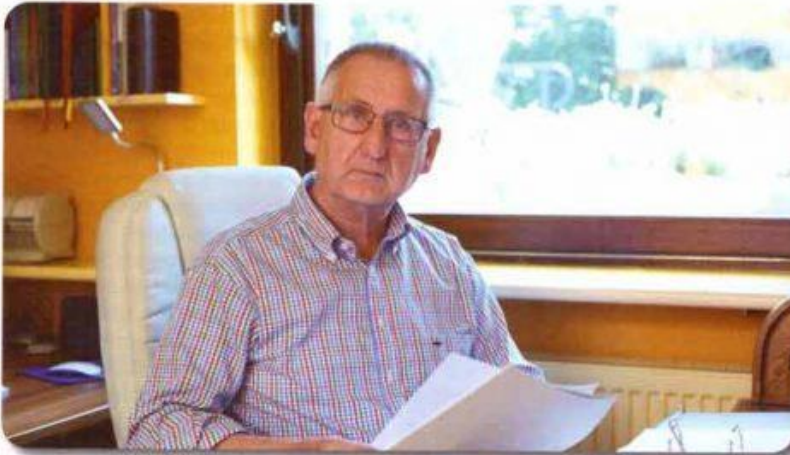


Direktversicherungsgeschädigte e.V.
Buchenweg 6
59939 Olsberg

Telefon: +49 (0) 2962 7503 377
E-Mail: gerhard.kieseheuer@dvg-ev.org
Homepage: www.dvg-ev.org

Stopp der Zwangsabgabe auf Direktversicherungen gefordert Quelle: DVG

Der Staat plündert die Rentner



Gerhard Kieseheuer, Bundesvorsitzender Direktversicherungsgeschädigte e. V., im Gespräch mit Leonhard Kuckart, Landesvorsitzender und stellvertretender Bundesvorsitzender der Senioren-Union.

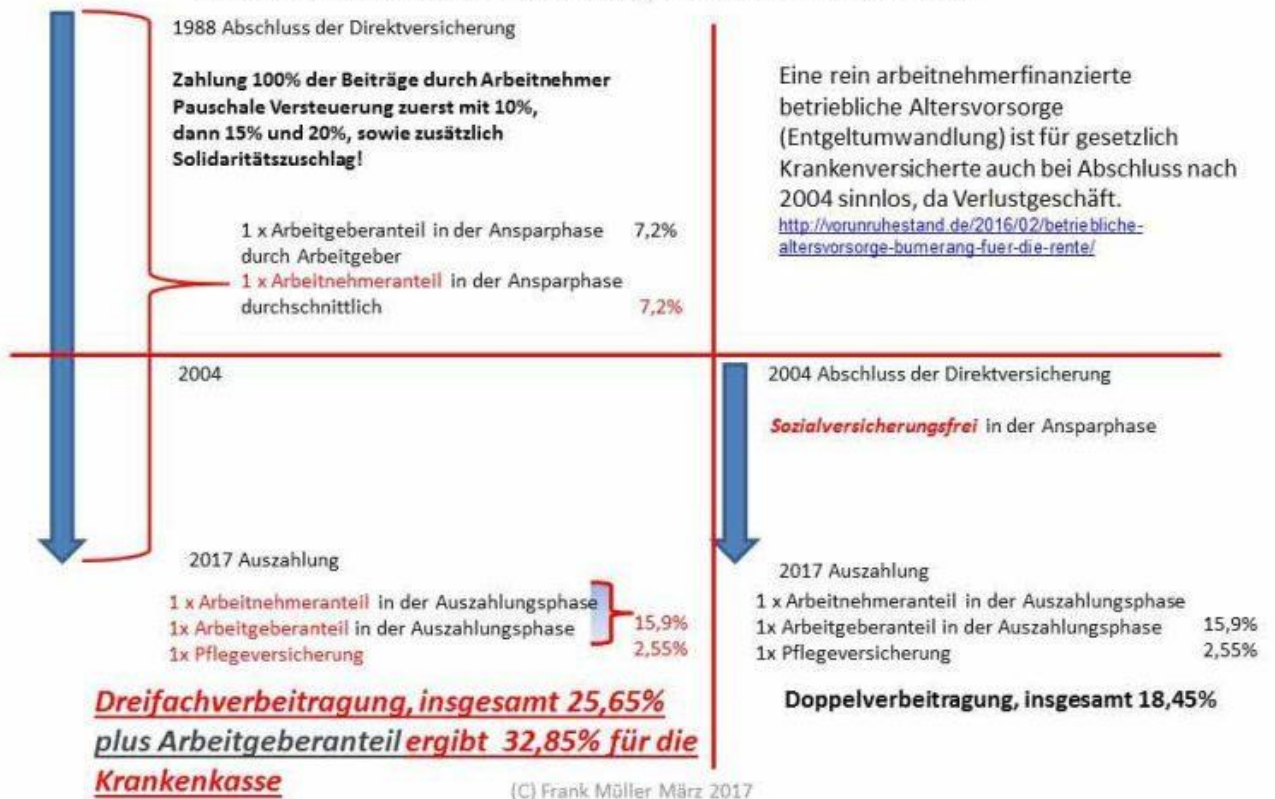
Informationsgespräch im Hochsauerlandkreis: Leonhard Kuckart, Landesvorsitzender und stellvertretender Bundesvorsitzender der Senioren-Union, traf in Olsberg mit Gerhard Kieseheuer, dem Vor-

sitzenden des Vereins der Direktversicherungsgeschädigten zusammen. Mit großem Interesse ließ Leonhard Kuckart sich schildern, dass alle Menschen, die in einer gesetzlichen Krankenkasse versi-

chert sind, auf ihre Direktversicherung oder betrieblichen Altersvorsorge, die sie einst als weiteres Standbein für einen gesicherten Lebensabend abgeschlossen hatten, bei Auszahlung hohe Beträge an die Krankenkassen zu entrichten hätten. Gerhard Kieseheuer erneuerte eine Forderung seiner Organisation, dass eine gesetzliche Änderung hier Abhilfe schaffen sollte. „Der Staat fordert auf, in private Versicherungen einzuzahlen. Dann muss der Staat auch dafür sorgen, dass der Rentner nicht noch für sein Engagement zusätzlich ausgenommen wird“, erklärte Kieseheuer. Leonhard Kuckart sagte, er könne nachvollziehen, dass sich die Betroffenen betrogen fühlten. Hier sei offensichtlich eine Abgabefalle zugunsten des Staates auf Kosten der Rentner aufgebaut worden. Gerhard Kieseheuer und Leonhard Kuckart erklärten, dass sie in Kontakt bleiben wollten, zumal schon mehrere Bundespolitiker der Organisation der Direktversicherungsgeschädigten ihre Hilfe zugesagt hätten.

Direktversicherte in der Abgabefalle des Staates

Arbeitnehmerfinanzierten Entgeltumwandlung Vergleich Direktversicherungen Krankenkassenbeiträge SBK Abschluss der Direktversicherung vor 2004 und nach 2004



Doppel- und Dreifachverbeitragung der Direktversicherung Quelle: Frank Müller

Gefällt mir:

- Posted in: [Finanzen](#), [Soziales](#)
- Tagged in: [Andrea Nahles](#), [Beschäftigung](#), [Betriebliche Altersvorsorge](#), [Betriebsrente](#), [Betriebsrentenstärkungsgesetz](#), [Direktversicherung](#), [Direktversicherungsgeschädigte](#), [Doppelverbeitragung](#), [Krankenkassen](#), [Rendite](#), [SPD](#), [Staat](#)



Posted by Helmut Achatz

Vorruheständler, Journalist, Börsianer, Vorstand VHS Olching, Wirtschaftsingenieur,

[All Posts](#)

Ähnliche Beiträge

[Andrea Nahles misst bei Betriebsrenten mit zweierlei Maß](#) 16. Dezember 2017 In "Soziales"

[Was Wahlprogramme der Parteien für Rentner bedeuten](#) 17. Juli 2017 In "Soziales"

[Wie sicher ist die Riester-Rente wirklich?](#) 24. April 2016 In "Finanzen"